

Resolution der Delegiertenversammlung der Psychotherapeutenkammer Hessen

Bologna-Hochschulreform: Zu erwartender Nachwuchsmangel bei Psychotherapeuten gefährdet Versorgung

Nach Umsetzung der Studienreform drohen in Hessen gravierende Nachwuchsmängel an Psychologischen Psychotherapeut/innen und Kinder- und Jugendlichen-Psychotherapeut/innen. Die Delegiertenversammlung der Psychotherapeutenkammer Hessen fordert die Universitäten und die Landesregierung auf, eine ausreichende Zahl von Masterstudienplätzen mit dem Schwerpunkt Klinische Psychologie zu schaffen, um die psychotherapeutische Versorgung der Bevölkerung zu sichern.

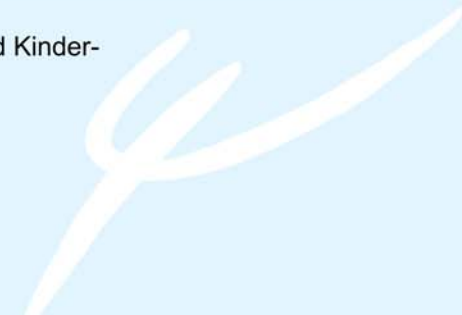
Bei steigenden Raten psychischer Erkrankungen und zunehmendem Bedarf an psychotherapeutischen Behandlungsangeboten sind die derzeit 2.777 in Hessen approbierten Psychologischen Psychotherapeut/innen und Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeut/innen schon jetzt bis zum Rand ihrer Leistungsfähigkeit ausgelastet. In ambulanten Praxen wie auch in Kliniken und Beratungsstellen sind lange Wartezeiten auf einen Therapieplatz die Regel.

Eingangsvoraussetzung für die Psychotherapieausbildung ist bei diesen Berufen ein einschlägiges qualifizierendes Hochschulstudium, in dem die wissenschaftlichen Grundlagen auf Basis der Forschungsergebnisse praxisbezogen vermittelt werden. Die wissenschaftliche Basis in Bezug auf psychologische Grundlagen, psychische Störungen und Psychotherapie ist für die Behandlung von psychisch erkrankten Patienten unverzichtbar.

Die so genannte Bologna-Studienreform führt zur Entkoppelung des bislang einheitlichen Hochschulstudiums mit dem Ergebnis, dass die Zahl der Bachelor-Studienplätze (früher: Grundstudium) konstant bleibt, während die Zahl der Masterstudienplätze (Hauptstudium) mit einer klinischen Grundqualifikation deutlich eingeschränkt wird. Nach eigenen Untersuchungen der Psychotherapeutenkammer Hessen fehlen bereits in den Planungen mindestens 120 Masterstudienplätze im Fach Psychologie, die mittelfristig zu einem gravierenden Nachwuchsmangel in den therapeutischen Heilberufen führen werden.

Der Bologna-Prozess droht somit am Universitätsstandort Hessen durch das Fehlen von Masterstudienplätzen insbesondere im Bereich Klinische Psychologie den Mangel an qualifiziertem Nachwuchs weiter gravierend zu verschärfen. Dies betrifft die Universitäten Marburg, Gießen, Frankfurt, Darmstadt und Kassel.

Die Verknappung von Geldmitteln im universitären Bereich führt zur – politisch gewollten – Reduzierung qualifizierender Masterstudiengänge, die spätestens ab 2012 – vergleichbar mit anderen Bundesländern – einen ausreichenden Nachwuchs für die psychotherapeutischen Heilberufe und eine psychotherapeutische Versorgung der Bevölkerung nicht mehr gewährleisten.



Folgende Maßnahmen sind vordringlich notwendig:

- Förderung der Wissenschafts-, Forschungs- und Studienbereiche Psychologische Grundlagen, Psychische Störungen und Psychotherapie
- Sicherung der wissenschaftlichen Grundlagen der Berufe Psychologischer Psychotherapeut und Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeut durch qualifizierende Masterstudiengänge
- Erhöhung der Anzahl Masterstudienplätze unter Einschluss des Fachs Klinische Psychologie
- Masterabschluss als unverzichtbare akademische Grundqualifikation für Psychologische Psychotherapeut/innen und Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeut/innen.

Frankfurt, 17. Mai 2008